

Gewerkschaften organisieren sich für sicherere, gesündere, menschenwürdige Arbeit www.28april.org

Die Welt ist in Schwierigkeiten

Weltweit kommt alle elf Sekunden ein Mensch aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen ums Leben. All diese Todesfälle sind vermeidbar, aber dennoch steigt die Zahl der Opfer, warnt **Sharan Burrow**. Die Generalsekretärin des **IGB** erläutert, dass dies der Grund für den umgehenden Start einer intensivierten Organisierungskampagne der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist, die darauf abzielt, Sicherheit, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht einzufordern.

Jeder arbeitsbedingte Todesfall ist vermeidbar. Wir verfügen über die Kenntnisse. Wir verfügen über die Technologie. Wir können monatelang im Vakuum des Weltraums leben.

Aber auf der Erde steigt die Zahl der Beschäftigten, die durch ihre Arbeit ums Leben kommen, rapide an, und das nicht, weil es am Wissen, sondern weil es am Willen fehlt.

Unternehmen werden anhand ihrer Jahresabschlüsse und nicht nach der Zahl ihrer Unfälle beurteilt. Die Vorstandschefs werden für das Ausschlachten von Unternehmen, den Abbau von Arbeitsplätzen, Outsourcing und Gewinnmitnahmen reich und ganz legal belohnt. Um den meisten Chefetagen auch nur ein Raunen der Besorgnis hinsichtlich der Gesundheit und der Sicherheit der Beschäftigten abzurufen, bedarf es aber schon einer größeren Katastrophe.

Und dieses Desinteresse bzw. diese Verachtung hat ihren Preis. Aus im September 2017 veröffentlichten **Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation** geht hervor, dass sich die Zahl der arbeitsbedingten tödlichen Verletzungen und Erkrankungen auf mittlerweile 2,78 Millionen pro Jahr erhöht hat. Der Großteil davon, 2,4 Millionen Todesfälle pro Jahr, sind das **Ergebnis von Berufskrankheiten**, nicht von 'Unfällen'.

Ein arbeitsbedingter Todesfall alle elf Sekunden, jeden Tag, rund um die Uhr, ist eine vermeidbare Epidemie. Die IAO beziffert die Kosten dieser Verluste an Menschenleben auf schätzungsweise 3,94 Prozent des weltweiten BIP pro Jahr oder 2,99 Billionen US-Dollar.

Und dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass die tatsächlichen Zahlen noch wesentlich höher sind, da Krankheiten nicht mit der Arbeit in Verbindung gebracht werden, entweder aus Versehen oder bewusst, und weil bei einer Vielzahl von Erkrankungen niemand die Opfer zählt.

In Japan mögen die Behörden einen durch Überarbeitung verursachten **Herzanfall** gesondert verzeichnen, aber in den meisten anderen Ländern fällt dieser in die Kategorie 'natürliche Ursachen'. In Deutschland, Italien, Dänemark und Frankreich mag Kehlkopfkrebs mit Asbest in Verbindung gebracht und eine Entschädigung gezahlt werden, aber in den meisten anderen Ländern ist es wahrscheinlicher, dass er nicht erkannt, nicht erfasst und nicht entschädigt wird.

Es wird schlimmer

Obwohl der Großteil unzureichender Arbeitsschutzstandards zulasten der Beschäftigten in den Entwicklungsländern geht, hat die Aushebelung der Schutzvorschriften und der Inkraftsetzung in manchen der reicheren Industrienationen zu beunruhigenden Veränderungen geführt.

Sowohl in den USA als auch in Australien wurde über erneute Fälle von 'Staublunge' berichtet, eine häufig tödlich verlaufende Erstickungskrankheit von Bergleuten und eine der ersten anerkannten Berufskrankheiten. Ein im Februar 2018 im **Journal of the American Medical Association (JAMA)** erschienener Bericht beschreibt die 'größte je verzeichnete' Anhäufung fortgeschrittener Staublungenerkrankungen im Kohlegürtel der USA. Noch beunruhigender ist, dass die Arbeitsbedingungen in den dortigen Bergwerken so schlecht waren, dass diese Bergleute in wesentlich jüngerem Alter und nach weniger Jahren erkrankten und starben.

Auch **in Australien ist man alarmiert** angesichts **neuer Fälle von Staublunge**, einer Krankheit, die man in dem Land vor 60 Jahren besiegt zu haben glaubte. Die **Bergarbeitergewerkschaft CFMEU** befürchtet, dass viele Fälle nicht diagnostiziert werden, da es heute an dem für die Diagnose erforderlichen Fachwissen fehlt.

Fehlende Kontrollen von offizieller Seite ermöglichten laut CFMEU zudem das Fortbestehen tödlicher Praktiken. „Die mangelnde unabhängige Überwachung des Staubanteils in den Kohlebergwerken und die Tatsache, dass Unternehmen selbst berichten können, haben dazu geführt, dass der Staubanteil in vielen Minen die gesetzlichen Grenzwerte weit überschreitet.“

Zu altbekannten Krankheiten kommen neue Gefahren hinzu. Neuartige Substanzen wie Nanomaterialien, die ohne angemessene Berücksichtigung der gesundheitlichen Folgen eingeführt werden, könnten eine neue Generation arbeitsbedingter Erkrankungen verursachen.

Eine explosionsartige Zunahme von Leiharbeit und Subunternehmerverträgen sowie das Entstehen der 'Gig-Wirtschaft' haben dazu geführt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das gesamte Risiko tragen und kaum in den Genuss der Vorteile kommen. Mit den Worten der US-Arbeitsschutzexpertin **Jessica Martinez vom US National Council for Occupational Safety and Health**: „Im Wesentlichen ist es eine Tinder-Wirtschaft. Wenn die Schicht einer Leiharbeitskraft zu Ende ist, geht der Chef zur nächsten über und entledigt sich jeder weiteren Verantwortung.“

Mit der fortschreitenden Technologisierung des Arbeitsplatzes wird jeder Aspekt **unserer Leistung geprüft**, hinterfragt und muss verbessert werden. Vertraulichkeit gehört an **'digitalisierten' Arbeitsplätzen** der Vergangenheit an, da Vorrichtungen wie **Ultraschall-Armbänder** oder **Gesichtskontrollen** and **Handyortung die Überwachung bei der Arbeit zur Routine** werden lassen.

Früher wurde der Arbeitsplatz kontrolliert, jetzt die Arbeitnehmer.

Verhängnisvolle Folgen

Eine Folge der Veränderungen in der Arbeitswelt ist das Entstehen neuer berufsbedingter Epidemien, die durch arbeitsbezogene Verzweiflung hervorgerufen werden. Untersuchungen in den **USA**, in **Australien**, **Frankreich**, **Japan**, **China**, **Indien** und **Taiwan** weisen auf eine drastische Zunahme **arbeitsbedingter Selbstmorde** im Zusammenhang mit Faktoren wie Unsicherheit des Arbeitsplatzes und Überarbeitung hin.

Die pressewirksamen Fälle von sexueller Belästigung in der Politik, in den Medien und in der Unterhaltungsbranche haben deutlich gemacht, dass es althergebrachter Machtmissbrauch ist und kein Versehen oder fehlendes Wissen, was viele Arbeitsplätze gefährlich macht.

Sexuelle Belästigung ist für viele Frauen eine tägliche Realität in der Arbeitswelt, zu normal, um die Medien zu interessieren, und sie haben zu große Angst oder fürchten zu sehr um ihren Arbeitsplatz, als dass sie um Hilfe bitten würden. Es ist eine Form von Gewalt am Arbeitsplatz, die unmissverständlich deutlich macht, welche maßgebliche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen, Arbeitsplätze sicherer zu machen.

Sarah Ashwin und Naila Kabeer, Professorinnen an der **London School of Economics (LSE)**, haben in einer Untersuchung festgestellt, dass es Organisationen, die mit örtlichen Gewerkschaften zusammenarbeiten, eher gelingt, sexuelle Belästigung und Gewalt in den Griff zu bekommen.

Ihrer Ansicht nach hätten sich globale Verhaltenskodizes als vergleichsweise ineffizient erwiesen. „Dort, wo der gesetzliche Schutz unzureichend oder nicht vorhanden ist, wird es natürlich schwieriger sein, einen Verhaltenskodex in Kraft zu setzen. Aber selbst wenn ein angemessener Rechtsrahmen vorhanden ist, stellt ein Verhaltenskodex kein sehr effizientes Instrument dar, um ein Machtungleichgewicht zu beseitigen“, merken sie an.

Unter Berufung auf Studien der **Universität Tufts** stellen sie fest, dass Gewerkschaften jedoch durchaus Abhilfe schaffen können, da Tarifverträge direkt zur Verminderung von Besorgnis in Bezug auf sexuelle Belästigung und verbale Angriffe, zur Verbesserung der Zufriedenheit der Beschäftigten mit dem Ergebnis von Beschwerden und zur Ermutigung der Beschäftigten zur Erörterung von Ängsten mit GewerkschaftsvertreterInnen beitragen.

Die LSE-Professorinnen kommen zu folgendem Schluss: „Eine Zusammenarbeit mit örtlichen Gewerkschaften oder Arbeitnehmervertretern bei der Auseinandersetzung mit sexueller Belästigung und Gewalt hat eher Erfolg als von oben nach unten gerichtete Initiativen. Derartige Ansätze schützen Frauen und sind das beste Gegenmittel für die Scham und das Schweigen, die mit sexuellem Missbrauch einhergehen.“

In den USA haben die Gewerkschaften für Gesetze gekämpft und eine Reihe davon durchgesetzt, um sexueller Belästigung von Hotelangestellten vorzubeugen. Diese Gesetze sind das direkte Ergebnis organisierter und lautstarker Gewerkschaftskampagnen, einschließlich der von der Gewerkschaft UNITE HERE in Chicago erwirkten **Hands-Off-Pants-On**-Verordnung (Hände weg, Hose an). Die Durchsetzung besser schützender Gesetze ist ein deutliches Beispiel für den **Gewerkschaftseinfluss**.

An die Arbeit

Wenn es bei sexueller Belästigung funktioniert, wird es auch bei anderen Formen von Gewalt und gefährlichen Belastungen und Praktiken bei der Arbeit funktionieren.

Die von der US-amerikanischen Hotelarbeitsgewerkschaft UNITE HERE angewandten Taktiken – Mobilisierung der Basis und politische Druckausübung – führen zu Ergebnissen, egal, worum es geht. In Kalifornien wurde im Januar 2018 bei einer Sitzung, an der Housekeeping-Personal aus dem gesamten Bundesstaat teilnahm, ein Standard zur Vorbeugung von Muskel-Skelett-Erkrankungen im Housekeeping angenommen. Nahezu 300 UNITE-HERE-Mitglieder aus sieben Ballungsgebieten haben zu dem Gesetzgebungsprozess beigetragen.



ZIELGRUPPE FRAUEN Der Arbeitsschutz ist ein zentraler Organisierungsschwerpunkt für die Hotelarbeitsgewerkschaft Unite Here in den USA. Ihre Mitglieder haben mobilgemacht, um eine Reihe von Gesetzen zum Schutz der Hotelangestellten vor sexueller Belästigung und arbeitsbedingten Verletzungen und Erkrankungen durchzusetzen. Foto: Antonio Mendoza, UNITE HERE

Die Gewerkschaften haben sich daher als Motto für den diesjährigen 28. April, den **International Workers' Memorial Day** (Welttag für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit), für 'Gewerkschaften machen die Arbeit sicherer' entschieden.

Es geht nicht nur darum, Verbesserungen zu fordern, sondern darum, über die kollektive Stimme und die industrielle Macht zu verfügen, um solche Forderungen stellen zu können. Ob es sich um Routinefragen am Arbeitsplatz, branchenweite Anliegen oder viel beachtete Katastrophen handelt, was **die Gewerkschaften für die Sicherheit tun**, ist offensichtlich.

Eine im Jahr 2015 in der Zeitschrift **Organization** veröffentlichte Untersuchung kam zu dem Schluss, dass, wenn Firmen, bei denen es zu katastrophalen tödlichen Arbeitsunfällen gekommen ist, ihre Sicherheitsstandards verbessern, sie dies hauptsächlich deshalb tun, weil die Gewerkschaften und AktivistInnen Druck ausgeübt haben.

Mitautorin Juliane Reinecke, außerordentliche Professorin an der Universität Warwick, hat mehrere Großschadensereignisse untersucht, einschließlich des Einsturzes der Rana-Plaza-Fabrik in Bangladesch, und festgestellt, dass „dank des zunehmend organisierten Bündnisses von Gewerkschaften und Kampagnengruppen wirkliche Veränderungen vorgenommen wurden.“

Die Kampagne im Anschluss an die Rana-Plaza-Katastrophe im Jahr 2013, bei der über 1.100 Arbeiter/innen ums Leben kamen, hat zu dem von den Gewerkschaften ausgehandelten **Bangladesch-Abkommen** geführt. Im Rahmen dieses innovativen Abkommens haben sich große internationale Markenunternehmen dazu verpflichtet, die Kosten für Schulungsmaßnahmen für die Beschäftigten zu übernehmen, **Hunderte paritätisch besetzte Arbeitsschutzausschüsse einzurichten** und in **Hundertern bangladeschischen Textilfabriken Sicherheitsmängel zu beseitigen**, wie es im Januar 2018 in einer aktuellen Meldung hieß.

Die **zweite Phase des Bangladesch-Abkommens** beginnt im Mai 2018.

In Großbritannien hat der britische Gewerkschaftsbund TUC, der im Jahr 2018 das **40-jährige Bestehen von Arbeitsschutzbeauftragten und Arbeitsschutzausschüssen** feiert, erklärt, dass **bewiesen ist, dass Arbeitsschutzbeauftragte u.a. dafür sorgen**, dass die Verletzungsquote in Betrieben mit Arbeitsschutzausschüssen halb so hoch ist wie in Betrieben, in denen die Gewerkschaften nicht am Arbeitsschutz beteiligt sind.

In einem Bericht des britischen Gewerkschaftsbundes, der eine Reihe von **Arbeitsschutzmaterialien** produziert hat, heißt es, dass die Zahl der Todesfälle an gewerkschaftlich organisierten Arbeitsplätzen ebenfalls geringer ist. Zudem wird auf eine Untersuchung aus dem Jahr 2016 verwiesen, in der anhand von Statistiken der britischen Regierung berechnet wird, dass die den Gewerkschaften zu verdankende Vermeidung von arbeitsbedingten Verletzungen und arbeitsbezogenen Erkrankungen zu Einsparungen in Höhe von 219 Mio. £ - 725 Mio. £ (über 1 Mrd. US\$) pro Jahr beigetragen hat.

Der US-amerikanische Gewerkschaftsbund AFL-CIO verweist auf den **Zusammenhang zwischen einem höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz** und stellt fest: „In den letzten 45 Jahren haben die Gewerkschaften sowohl auf bundesstaatlicher als auch auf einzelstaatlicher Ebene Arbeitsschutzbestimmungen für alle arbeitenden Menschen durchgesetzt, einschließlich zentraler Vorgaben für Asbest, Benzol, Blei, enge Räume und Absturzsicherung, und heute können mehr als 532.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sagen, dass sie dank dieses Gesetzes noch leben.“

In ihrem Bericht 2016 hat die AFL-CIO festgestellt, dass in US-Staaten mit **gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen das Risiko, bei der Arbeit zu sterben, um 49 Prozent größer** sei, während US-Staaten mit einem **höheren gewerkschaftlichen Organisationsgrad** tendenziell weniger Todesfälle am Arbeitsplatz zu beklagen hätten.

Die Kombination aus gewerkschaftlichem Schutz und wirksamen Sicherheitsvorschriften findet in der Öffentlichkeit breite Unterstützung. Die Weltweite Umfrage des IGB 2017 hat ergeben, dass es 75 Prozent der Menschen weltweit für wichtig halten, dass die Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen. Bei der Umfrage unter knapp 16.000 Menschen auf fünf Kontinenten waren es 'Gesetze zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit', die ganz oben auf der Liste der für wichtig erachteten Arbeitsgesetze standen und von 96 Prozent der Befragten befürwortet wurden.

Es sollte keiner großen Überzeugungsarbeit bedürfen. Eine Kombination aus besseren Rechten und besseren gesetzlichen Regelungen rettet nicht nur Leben, sondern ist auch gut für die Wirtschaft. Ein im Februar 2018 veröffentlichter **Bericht an den US-Kongress** enthält Schätzungen, denen zufolge sich die Kosten des Arbeitsschutzes infolge von Vorschriften während des Jahres 2015 auf zwischen 0,5 Mrd. US\$ und 0,6 Mrd. US\$ beliefen, dass der daraus resultierende Nutzen mit zwischen 1,2 Mrd. US\$ und 3,1 Mrd. US\$ jedoch wesentlich größer sei.

Die weltweit steigende Zahl der Todesfälle macht jedoch deutlich, dass weder die menschliche noch die wirtschaftliche Botschaft angekommen ist. Es muss mehr getan werden. Deshalb intensiviert der IGB seine weltweite Arbeitsschutzkampagne. Zu den Prioritäten gehören zunächst die Kampagne für ein weltweites Asbestverbot und die **Kampagne für Arbeitsplätze ohne Krebsgefahren**. Hoch oben auf der Prioritätenliste stehen auch die Thematisierung der mit Verzweiflung zusammenhängenden Krankheiten, einschließlich arbeitsbedingter Selbstmorde und psychischer Erkrankungen.

Die Gewerkschaften werden zudem bei der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) auf verbindliche Regeln in Bezug auf manuelle Handhabung und Ergonomie drängen. Gleichzeitig werden wir uns darum bemühen, bereits vorhandene IAO-Normen zu verteidigen und zu verbessern. Außerdem wollen wir erreichen, dass die Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit zu den **Grundlegenden Prinzipien und Rechten bei der Arbeit** gezählt werden, neben den bereits etablierten grundlegenden Normen bezüglich Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Diskriminierung bei der Arbeit, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen.

Gesundheit ist ein Menschenrecht und endet nicht am Werktor. Unsere Strategie wird sämtliche Gewerkschaftsinstrumente beinhalten, von der Interessenvertretung über Verhandlungen bis hin zu Aktionismus, um für menschenwürdige, sichere und gesunde Arbeit mobilzumachen.

HINTERGRUNDMATERIAL

[IGB-Kampagnenwebseite 28. April 2018](#) und Bekanntgabe des Themas auf [Englisch](#), [Spanisch](#) und [Französisch](#).



Foto: Samer Muscati/HRW

Eine tödliche Welt der Ungleichheit

Warum steigt die Zahl der arbeitsbedingten Todesfälle? Weil die Arbeitswelt nach wie vor zutiefst, bewusst und auf fatale Weise ungerecht ist.

Im März 2018 heißt es in einem Leitartikel im **American Journal of Public Health** (AJPH), dass die Industrie Beweise für Gesundheitsgefahren unterdrücke, während sie unzumutbarere Arbeitspraktiken einführe. Weiter wird darauf hingewiesen, dass es für das Verständnis arbeitsbezogener Ungleichheiten im Gesundheitsbereich von „zentraler Bedeutung“ sei, sich „des Machtungleichgewichts zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern bewusst zu werden. Viele Unternehmen beeinflussen die Gesundheit und fördern diesbezügliche Ungleichheiten dadurch, dass sie toxische Substanzen und ungesunde Produkte herstellen und vermarkten.“

„Um die Rentabilität zu verbessern, stellen viele Unternehmen ihre Arbeitsorganisation um und erzeugen dadurch Stress, wie etwa durch externe Auftragsvergaben, Just-in-time-Terminplanung, von der Norm abweichende Schichten, übermäßige Überstunden oder eine ‘schlanke Produktion’, wodurch psychosoziale Stressfaktoren wie Arbeitsdruck oder ein Missverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Honorierung zunehmen. All dies wirkt sich auf die Gesundheit

der Beschäftigten und vor allem für Frauen auf die Möglichkeit aus, Arbeit und Betreuungsaufgaben miteinander in Einklang zu bringen.“

In dem AJPH-Papier wird gewarnt, dass „Bemühungen um die Dokumentation der negativen Auswirkungen der Arbeit auf die Gesundheit auf Versuche der Unternehmen stoßen, Zweifel hinsichtlich der wissenschaftlichen Grundlagen zu säen, die Finanzmittel zu beschränken, die Regulierung einzuschränken und den Zugang zu Daten zu begrenzen.“

Die gesundheitlichen Auswirkungen industrieller Beschüsse gehen über die eigentliche Arbeit hinaus und betreffen auch die Vergütung. **Reward work, not wealth**, so das Thema eines im Januar 2018 von Oxfam veröffentlichten Berichtes über Arbeit und Vermögen, in dem es heißt, dass 82 Prozent des im Vorjahr weltweit erwirtschafteten Vermögens in die Taschen des **reichsten einen Prozents der Weltbevölkerung** geflossen ist, während sich an der Situation der 3,7 Mrd. Menschen, die die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, nichts geändert hat.

Der im Februar 2018 von der **Internationalen Arbeitsorganisation (IAO)** veröffentlichte Bericht **World Employment and Social Outlook – Trends 2018** geht davon aus, dass nahezu 1,4 Mrd. Menschen im Jahr 2017 einer prekären Beschäftigung nachgingen, und es wird gewarnt, dass die Zahl der Arbeitenden in extremer Armut im Jahr 2018 vermutlich auf über 114 Millionen ansteigen werde.

Diese Ungleichheit ist ein Hauptgrund dafür, dass die Gewerkschaften für so wichtig gehalten werden. Bei der **Weltweiten Umfrage des IGB 2017** stand 'zunehmende Ungleichheit' ganz oben auf der Liste der Faktoren, die den Menschen Angst machen, gefolgt von Arbeitsplatzverlust und Klimawandel.

„Warum ist die zunehmende Einkommensungleichheit und **Arbeitsplatzunsicherheit** eine Frage des Arbeitsschutzes?“, fragt IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow. „Weil beide zur Folge haben, dass keine Möglichkeit besteht, Bedenken angesichts schlechter Arbeitsbedingungen anzusprechen oder schmutzige, schwierige oder gefährliche Tätigkeiten abzulehnen.“

Untersuchungen von Wissenschaftlern der **Universität California Davis**, die im Januar 2018 im **BE Journal of Economic Analysis & Policy** veröffentlicht wurden, haben bestätigt, dass krankheitsbedingte Arbeitsausfälle mit steigenden Löhnen zurückgehen. Aus der Untersuchung geht hervor, dass bessere Löhne zu einer Verbesserung des Gesundheitszustandes der Beschäftigten führen, wobei eine größere Arbeitszufriedenheit und bessere Sicherheitsprogramme mit der besseren Vergütung einhergehen.

„**Niedrige Löhne gehen häufig mit unzureichenden Gesundheits- und Sicherheitsstandards einher**, weshalb berufsbedingte Verletzungen und Erkrankungen wie **Diabetes** und Krebs oft mit der Arbeit zusammenhängen“, so Burrow.

„Ungleichheit schadet nicht nur dem Einkommen. Sie kann töten.“

Fallstudie: Gewerkschaften können sexuelle Belästigung besiegen

Hotelangestellte in Chicago freuen sich über eine im Oktober 2017 in der Stadt unterzeichnete neue Verordnung, von der sie sagen, dass sie sie vor Belästigungen schützen wird. Ihre Gewerkschaft, Unite Here Local 1, berichtet, dass die **'Hands-Off-Pants-On'**-Verordnung (Hände weg, Hose an) ab dem 1. Juli 2018 alle Hotels in Chicago dazu verpflichtet, ihre Beschäftigten mit Alarmknöpfen auszustatten, wenn sie alleine in Gästezimmern oder Toiletten arbeiten.

Außerdem müssen die Hotels klare Positionen zur Frage der sexuellen Belästigung entwickeln und dürfen Alarmschläger nicht bestrafen. In **Seattle** und **New York** haben die Gewerkschaften Vertragsklauseln ausgehandelt, denen zufolge die Hotels verpflichtet sind, alleine arbeitenden Angestellten Alarmknöpfe mitzugeben.

Die Gewerkschaften kämpfen auch auf internationaler Ebene gegen sexuelle Belästigung. Eine Kampagne unter Federführung des IGB zielt auf ein Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) gegen geschlechtsspezifische Gewalt bei der Arbeit ab. Im Juni 2018 wird die Internationale Arbeitskonferenz der IAO über die Ausarbeitung einer internationalen Norm zum Thema Gewalt und Belästigung gegenüber Frauen und Männern in der Arbeitswelt diskutieren.

Schätzungen des **IGB** zufolge sind mehr als ein Drittel aller Frauen weltweit bei der Arbeit, zu Hause oder in der Gesellschaft Gewalt ausgesetzt. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat ein **Action Toolkit** zusammengestellt und fordert Maßnahmen am Arbeitsplatz als unerlässliche Bedingung für die Bewältigung des Problems überall. Auch auf Branchenebene werden Fortschritte erzielt, die Auswirkungen auf die Praktiken multinationaler Unternehmen in all ihren Geschäftsbereichen überall auf der Welt haben.

Die internationale Nahrungsmittelarbeitervereinigung IUL hat im Jahr 2017 ein internationales Abkommen mit dem Catering- und Dienstleistungsmulti Sodexo bezüglich Maßnahmen zur Verhinderung von sexueller Belästigung bei der Arbeit unterzeichnet. Die **IUL-Sodexo-Vereinbarung**, die laut IUL auf einem 'Konsens' darüber basiere, dass sexuelle Belästigung eine Menschenrechtsverletzung darstelle und Frauen, die im Dienstleistungssektor arbeiten, einem hohen Risiko ausgesetzt seien, enthält eine Strategie und Verfahren zur Gewährleistung von null Toleranz.

Die Globalen Gewerkschaftsföderationen IndustriALL und IUL haben im Jahr 2016 ein Abkommen mit **dem Multi Unilever** abgeschlossen, um sexueller Belästigung am Arbeitsplatz vorzubeugen und es leichter für die Beschäftigten zu machen, Übergriffe zu melden.

Foto: HANDS OFF PANTS ON



Fallstudie: Herausforderung eines globalen Unternehmens am 28. April

Die **internationale Bau- und Holzarbeiterföderation (BHI)** hat Gewerkschaftsmitglieder, die für das multinationale Baustoffunternehmen LafargeHolcim (LH) arbeiten, aufgerufen, den 28. April 2018 dazu zu nutzen, um auf die tödlichen Arbeitsunfälle bei dem Unternehmen hinzuweisen und Verbesserungen zu fordern.

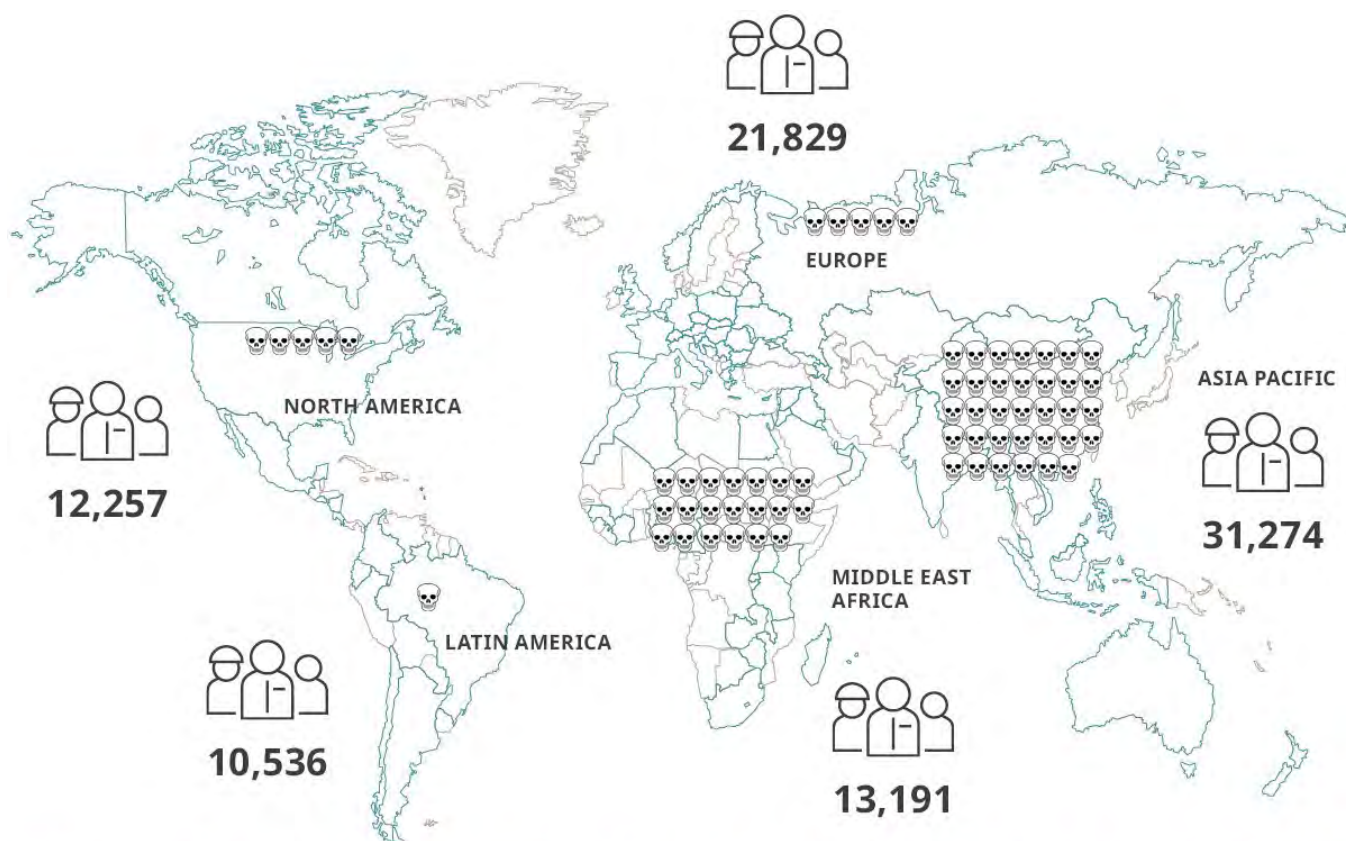
Die internationale Gewerkschaftsorganisation fordert am Welttag für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit konkrete Maßnahmen und fügt hinzu: „Es ist an der Zeit, der LH-Geschäftsführung ein deutliches Signal zu senden, damit der Arbeitsschutz verbessert und das Leben der Beschäftigten respektiert wird! Wir rufen dazu auf, am 28. April, dem internationalen Gedenktag für diejenigen, die bei der Arbeit ums Leben gekommen oder sich Verletzungen zugezogen haben, aktiv zu werden.“

Die BHI fordert u.a. „Respekt vor dem Leben der Beschäftigten“. Sie will, dass das Unternehmen mit den Gewerkschaften zusammenarbeitet, um den Arbeitsschutz zu verbessern, und dass die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in den diesbezüglichen Dialog eingebunden werden. Außerdem solle Schluss sein mit von oben nach unten gerichteten Initiativen beim Arbeitsschutz.

Anfang 2018 stand das Unternehmen kurz davor, ein globales Rahmenabkommen mit der BHI zu unterzeichnen, machte dann jedoch einen Rückzieher. Als 74 Gewerkschaftsvorsitzende aus 40 Ländern, in denen LafargeHolcim tätig ist, Briefe an Vorstandschef Jan Jenisch schickten, um die Einhaltung der Zusage, ein globales Abkommen zu unterzeichnen, zu fordern, bekamen sie noch nicht einmal eine Antwort.

Die BHI merkte dazu an, dass das „Scheitern des sozialen Dialogs vor dem Hintergrund einer extrem schlechten Arbeitsschutzbilanz des Unternehmens“ zu sehen sei. „Während bei LafargeHolcim im vergangenen Jahr 65 Menschen bei der Arbeit ums Leben gekommen sind, hat trotz mehrere Ankündigungen bisher keine einzige paritätische Arbeitsschutz-Sitzung auf internationaler Ebene stattgefunden.“

„Lasst uns Seite an Seite stehen, um Veränderungen zu bewirken und Leben bei LafargeHolcim zu retten. Und die erste Vorbedingung dafür ist der Beginn eines fairen globalen sozialen Dialogs auf allen Ebenen“, fordert die BHI.



65 people were killed on the job at LafargeHolcim in 2017



Fallstudie: Internationale Gewerkschaften setzen Auszahlung in Höhe von 2,3 Mio. US\$ für mehr Sicherheit in bangladeschischen Textilfabriken durch

Die Gewerkschaften, die bangladeschische Textilarbeiter/innen vertreten, haben eine Vereinbarung mit einer multinationalen Modemarke über die Auszahlung von 2,3 Mio. US\$ erzielt. Dem Unternehmen war zuvor vorgeworfen worden, die Beseitigung lebensgefährlicher Gefahren in den Fabriken verzögert zu haben. Das Modeunternehmen, das im Rahmen der Vereinbarung nicht namentlich genannt werden kann, wird 2 Mio. \$ zahlen, um Sicherheitsmängel in mehr als 150 Textilfabriken in Bangladesch zu beheben, und weitere 300.000 \$ zur Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entlang globaler Lieferketten in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Die globalen Branchengewerkschaftsorganisationen **UNI** und **IndustriALL** haben zwei führende Modemarken im Jahr 2016 verklagt, nachdem 2013 das Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit in Bangladesch in Kraft getreten war, ein rechtsverbindliches Abkommen, in dessen Rahmen die größten Modemarken der Welt die Kosten für die Verbesserung des Arbeitsschutzes in bangladeschischen Fabriken übernehmen müssen.

Das Abkommen trat in Kraft, nachdem im April 2013 beim Einsturz der Fabrik Rana Plaza schätzungsweise 1.135 Menschen ums Leben gekommen waren. Die beiden globalen Gewerkschaftsorganisationen haben in einem anderen Fall im Zusammenhang mit den Zuständen in bangladeschischen Fabriken im Dezember 2017 vor dem Ständigen Schiedshof in Den Haag eine Einigung mit einem anderen, nicht namentlich genannten globalen Markenunternehmen erzielt.

Bezüglich der im Januar 2018 bekannt gegebenen jüngsten Vereinbarung hat Christy Hoffman von UNI angemerkt: „Dank der Vereinbarung werden mehr als 150 Fabriken konkrete Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit sie endlich die bereits seit Jahren notwendigen Reparaturen vornehmen können. Wir werden uns weiter um die Gewährleistung bemühen, dass alle Markenunternehmen ihren Teil dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen in Bangladesch sicherer zu machen.“

IndustriALL-Generalsekretär Valter Sanches hat erklärt, dass die Vereinbarung „der Beweis dafür ist, dass multinationale Unternehmen durch rechtsverbindliche Verfahren zur Verantwortung gezogen werden können.“ Er freue sich darüber, dass das fragliche Unternehmen seine Verantwortung für die Sicherheit in seinen bangladeschischen Zulieferbetrieben jetzt ernst nehme.

Fallstudie: Wenn der Tod besser erscheint als die Arbeit

In südindischen Textilspinnereien kommt es laut der **Globalen Gewerkschaftsföderation IndustriALL** zu zahlreichen Selbstmorden und Todesfällen unter den Arbeitskräften.

Die Gewerkschaft berichtet, dass bei dem jüngsten Zwischenfall am 6. Februar 2018 eine Kinderarbeiterin, Dharshini Balasubramani, in einer Unterkunft bei Dollar Spinning Mills in Tamil Nadu tot aufgefunden wurde. Die 13-Jährige hatte sich das Leben genommen, nachdem sie am Vortag 16 Stunden lang, zwei Schichten hintereinander, gearbeitet hatte. Als der Herbergsvater morgens um 6:15 an ihre Tür klopfte, um sie für die nächste Schicht zu wecken, kam keine Antwort. Sie hatte sich am Deckenventilator erhängt. Das Waisenkind war über einen Vermittler angeworben und drei Monate zuvor in die Spinnerei gebracht worden, wo man ihr 4 US\$ pro Tag zahlte.

„Sie sind harten Arbeitsbedingungen, schlechten Gesundheitszuständen und sexueller Belästigung bei der Arbeit ausgesetzt. Angesichts kaum vorhandener staatlicher Kontrollen setzen sich die Manager über das Gesetz hinweg und die Beschäftigten haben keine Möglichkeit, Beschwerden vorzubringen. Die Manager widersetzen sich Gewerkschaften und nutzen die Armut der Familien der Arbeitskräfte aus, um das Thema dadurch zu beenden, dass sie magere Entschädigungen zahlen“, so IndustriALL.

Apoorva Kaiwar, IndustriALL-Regionalsekretärin für Südasien, stellt fest: „Es ist inakzeptabel, dass die Arbeiterinnen in Spinnereien gefährlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, und es ist alarmierend, dass über viele verdächtige Todesfälle berichtet wird. Die Regierung sollte unverzüglich einschreiten, um das Problem zu lösen.“

Die Polizei untersucht gegenwärtig, ob die Fabrik mit der Beschäftigung des 13-jährigen Mädchens sowohl gegen die Bestimmungen bezüglich des Mindestalters für eine Beschäftigung in der Industrie als auch gegen die Arbeitszeitregelung verstoßen hat. Die Fabrikleitung behauptet, das Mädchen für älter gehalten zu haben.

www.hazards.org/suicide



Foto: IndustriALL



Fallstudie: Wenn ein Menschenleben nur wenig wert ist

Lan arbeitet in einer vietnamesischen Schuhfabrik, die globale Modemarken beliefert, und näht 1.200 Paar Turnschuhe pro Tag für rund 1\$ [etwa 0,80 EUR] pro Stunde zusammen. „Ich arbeite jeden Tag von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags. Sie sorgen dafür, dass wir unser Soll erfüllen, und wenn nicht, müssen wir Überstunden machen“, sagt sie.

Lan hat noch zwei andere Jobs, um über die Runden zu kommen, als Näherin zwei Abende pro Woche und als Kellnerin in einem Restaurant am Sonntag, dem einzigen Tag, an dem sie nicht in der Fabrik arbeitet. Was sie verdient, reicht aber dennoch nicht aus. An jedem Monatsende, wenn sie das Notwendigste, wie Miete und Essen, bezahlt hat, ist kaum noch etwas übrig.

„Der Druck ist groß, das Produktivitätsziel zu erreichen und richtig hart zu arbeiten, sonst bekommen wir es mit dem Manager zu tun. Die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Weil wir unter so großem Druck stehen, müssen viele von uns in der Mittagszeit arbeiten, um unser Soll zu erfüllen. Pausen gibt es nicht. Ein anderes Problem ist, dass ich ausgeschimpft werde, wenn ich zur Toilette gehe. Und wenn ich doch gehe, wird das vermerkt, denn wenn man sein Soll nicht erfüllt, dann ist das so. Ich halte das für falsch. Wenn jemand zur Toilette muss, sollte das auch möglich sein.“

Das Einkommen der 32-Jährigen muss für zwei Kinder und einen psychisch kranken arbeitsunfähigen Mann reichen. „Wir sind sehr müde, aber wir müssen dennoch weitermachen. Tun wir das nicht, würde man uns schelten und mit Entlassung drohen“, berichtet sie.

Der Aufbau unabhängiger Gewerkschaften, die die Beschäftigten in wirksamer Weise vertreten, ist in vielen Ländern nach wie vor eine Herausforderung. Trotz unterschiedlicher Arbeitsbeziehungssysteme in beispielsweise Vietnam und Bangladesch bleiben eine gewerkschaftliche Interessenvertretung und Tarifverhandlungen eine Priorität für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Dank des von den Gewerkschaften ausgehandelten Bangladesch-Abkommens haben sich die Arbeitsbedingungen in der bangladeschischen Textilindustrie deutlich verbessert.

In den fünf Jahren seit dem Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza am Rande von Dhaka, bei dem mehr als 1.100 hauptsächlich weibliche Arbeitskräfte ums Leben kamen, haben lokale und internationale Gewerkschaften eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Durchführung eines Programms gespielt, von dem über eine Million Beschäftigte durch die Einrichtung Hunderter paritätischer Arbeitsschutzausschüsse und umfangreiche Sanierungsarbeiten in Hunderten Fabriken, bezahlt von internationalen Markenunternehmen, direkt profitiert haben.

Fallstudie: Geflügelarbeiter in den USA haben mit ihrer Kampagne gegen die Aufhebung des Arbeitstempolimits Erfolg

In den USA haben Geflügelarbeiter/innen mit ihrer Kampagne gegen die versuchte Aufhebung der Beschränkung des Arbeitstempos einen wichtigen Erfolg erzielt. Wenn die vom **National Chicken Council** bei der für Lebensmittelsicherheit zuständigen Regierungsbehörde FSIS (Food Safety and Inspection Service) eingereichte Petition erfolgreich gewesen wäre, wäre ein Beschluss der Regierung Obama aufgehoben worden, mit dem die Zahl der pro Minute verarbeiteten Vögel auf 140 begrenzt wurde. Durch dieses Limit sollten die Beschäftigten vor Überlastungsschäden und anderen Gefahren geschützt werden.

Marc Perrone, der Vorsitzende der **Lebensmittelarbeitergewerkschaft UFCW**, und Stuart Applebaum, der Vorsitzende der UFCW-Mitgliedsgewerkschaft für den Einzelhandel RWDSU, gratulierten den Gewerkschaftsmitgliedern, die für die Beibehaltung des Limits gekämpft hatten. Gewerkschaftsorganisatoren hatten an Türen geklopft, Telefonate geführt und mit Gewerkschaftsmitgliedern in Betrieben gesprochen und dazu aufgerufen, Postkarten und Botschaften an Regierungsbehörden zu schicken.

Als Reaktion auf den **Entscheid des US-Landwirtschaftsministeriums** (USDA) vom 29. Januar 2018 stellte Perrone fest: „Durch die Aufhebung der Beschränkung des Arbeitstempos würden nicht nur die Geflügelarbeiter einer größeren Verletzungsgefahr ausgesetzt, sondern auch die Verbraucher gefährdet, da es schwieriger sowohl für Bundesaufsichtsbeamte als auch für die Mitarbeiter der Qualitätskontrolle wäre, die Vögel in angemessener Weise auf eine Kontamination hin zu prüfen. Es ist unbegreiflich, wie die Geflügelindustrie diese bekannten Gefahren ignorieren und versuchen konnte, beim Landwirtschaftsministerium die Aufhebung der Begrenzung durchzusetzen.“

Der Kampf geht jetzt in der Schweinefleischbranche weiter, nachdem das US-Landwirtschaftsministerium ebenfalls im Januar 2018 beschlossen hatte, die Begrenzung des Arbeitstempos für die Schweinefleischverarbeitung aufzuheben. **UFCW-Vorsitzender Perrone** erklärte, dass dieser Beschluss ausschließlich auf unternehmerischer Profitgier basiere und jeglicher Vernunft entbehre.

Celeste Monforton, Dozentin an der Universität George Washington, merkte an, „dass in den Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums die Kosten von Verletzungen, die sich die Arbeitskräfte infolge des erhöhten Arbeitstempos zuziehen werden, nicht enthalten sind.“



Foto: Alice Welch/USDA